

The logo consists of a red parallelogram shape on the left and the text 'DGB' in white on the right.

**DGB**

Deutscher  
Gewerkschaftsbund  
Berlin-Brandenburg

A stylized map of Brandenburg, Germany, composed of a grid of small white dots on a teal background.

Gute Löhne  
**Gutes Leben**  
in Brandenburg

**#TARIFWENDE**

**DGB-**

**WAHLCHECK**

zur Landtagswahl 2024



## Inhalt

<b>Gute Arbeit</b>	<b>3</b>
Kein Steuergeld für Tarifdumping! .....	3
Land und Kommunen gehen als gute Arbeitgeber voran! .....	4
Arbeitgeber in die Pflicht nehmen! .....	4
Sozialpartnerschaft in die Lehrpläne! .....	5
Ausreichende Zuwendung von Fördermitteln! .....	5
<b>Vergabemindestlohn</b>	<b>6</b>
Vergabemindestlohn erhalten und ausbauen! .....	6
<b>Gute Ausbildung</b>	<b>7</b>
Unterstützung für Auszubildende! .....	7
<b>Mehr Fachkräfte</b>	<b>8</b>
Aktive Arbeitsmarktpolitik! .....	8
<b>Migration</b>	<b>9</b>
Zugewanderte fördern und integrieren! .....	9
<b>Sozial-Ökologische Wende</b>	<b>10</b>
Transformation begleiten und steuern! .....	10
<b>Mitbestimmung</b>	<b>12</b>
Mitbestimmung stärken! .....	12

„Gute Löhne. Gutes Leben in Brandenburg“ – unter diesem Motto mobilisieren die DGB-Gewerkschaften zur Landtagswahl 2024.

Wir sehen, dass sich Brandenburg, unsere Städte, unsere Dörfer und unsere Orte immer mehr verändern. Häufig zum Guten. Manchmal auch nicht. Wir sehen, dass auch unsere Arbeitswelt sich wandelt. Manche Betriebe wachsen, entstehen neu, während andere den Wettbewerb oder die Veränderungen nicht bewältigen können. Die Brandenburger\*innen müssen steigende Preise, hohe Mieten und ausufernde Energiekosten tragen.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund Berlin-Brandenburg und seine Mitgliedsgewerkschaften erwarten von der künftigen Regierung, dass sie Antworten auf die drängenden Fragen findet. Dass sie das Land weiterentwickelt und die Menschen sozial absichert. Vor allem muss die Arbeitswelt in den Fokus, denn allen Themen zugrunde liegt immer die Arbeit. Sie bestimmt, ob ich ein gutes Auskommen habe, meine Rechnungen bezahlen kann, ob ich wertgeschätzt werde und eine sichere Zukunft habe. Wir Gewerkschaften sagen: Es muss gute Arbeit sein. Tarifvertraglich abgesichert und betrieblich mitbestimmt. Dafür setzen wir uns ein.

Dieser Wahlcheck stellt die Antworten einander gegenüber, die die demokratischen Parteien SPD, CDU, B'90/Die Grünen, DIE LINKE und BVB/Freie Wähler (Anordnung anhand aktueller Sitzverteilung im Landtag) den Brandenburger\*innen für die kommende Legislaturperiode anbieten. Sie soll Ihnen und Euch einen Überblick geben, welche Partei die Interessen der Beschäftigten vertritt. Prüft das für Euch sorgfältig und geht wählen. Weil jede Stimme zählt.

**DGB:** Tariftreue muss oberstes Gebot bei der Vergabe von Aufträgen der öffentlichen Hand sein. Nicht der Billigste darf diese Aufträge bekommen, sondern Unternehmen, die sich an Tarifverträge halten. Auch die staatliche Wirtschaftsförderung wird künftig nur an tarifgebundene Unternehmen vergeben.

### SPD

Die SPD setzt sich für die Einführung einer Tariftreuregelung bei der Vergabe öffentlicher Aufträge ein. Deren Ausgestaltung soll sich am Berliner Vergabegesetz orientieren und dadurch einheitliche Regelungen im gesamten Wirtschaftsraum Berlin-Brandenburg schaffen.

Auch bei der Vergabe von Fördermitteln sollen die Unternehmen in Zukunft stärker profitieren können, die sich an Tarifverträge halten.

Kommt es zu Betreiberwechseln, sollen Beschäftigte nicht die Leidtragenden sein. Verpflichtende Übernahmeangebote auf dem Niveau der bisherigen Arbeitsbedingungen und der Schutz vor betriebsbedingten Kündigungen während der Laufzeit neuer Verträge sollen für ein sicheres Auskommen sorgen.

### CDU

Die Stärkung der Tarifbindung findet sich im Wahlprogramm der CDU wider. Die Vergabegesetze sollen in Absprache mit Berlin vereinheitlicht werden. Es ist aber auch von einer Vereinfachung und Verschlankung geltender Regelungen die Rede.



Die Grünen fordern in ihrem Wahlprogramm die Tariftreueklausel für die Vergabe öffentlicher Aufträge. Um sie zu realisieren, sollen die bisher in Brandenburg geltenden Regelungen an das Berliner Modell angeglichen und so ein einheitlicher Wirtschafts- und Tarifraum in den beiden Bundesländern geschaffen werden.

Dasselbe gilt für die Beantragung von Wirtschaftsfördermitteln. Für deren Bewilligung soll die Tariftreue Grundbedingung sein.

### Die Linke

DIE LINKE fordert, dass alle, die öffentliche Aufträge oder öffentliche Förderung erhalten, verpflichtet werden, ihre Beschäftigten nach Tarif zu bezahlen.



Dieses Thema ist im Wahlprogramm nicht enthalten.

## Gute Arbeit

### › Land und Kommunen gehen als gute Arbeitgeber voran!

**DGB:** Die öffentliche Hand hält sich in den Behörden und öffentlichen Einrichtungen an die Tarifverträge des öffentlichen Dienstes. In den landeseigenen und kommunalen Betrieben sorgen die öffentlichen Arbeitgeber für eine Tarifbindung mindestens auf dem Niveau des öffentlichen Dienstes. Outgesourcte Bereiche holt sie in ihre Verantwortung zurück.

				
<p>Die SPD spricht sich dafür aus, dass die Tarifbindung sowohl für die öffentliche Verwaltung als auch für öffentliche Unternehmen gelten soll.</p>	<p>Dieses Thema ist im Wahlprogramm nicht enthalten.</p>	<p>Die Tarifbindung in landeseigenen und öffentlichen Unternehmen wird im Wahlprogramm nicht explizit erwähnt. Allerdings thematisieren die Grünen die Vergütung externalisierter Dienstleistungen durch Hochschulen.</p> <p>Wenn Tätigkeiten an externe Dienstleister vergeben werden, sollen Hochschulen diese in Anlehnung an den Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes bezahlen. Das soll auch für freiberufliche Lehrkräfte gelten, die die Grünen einführen möchten.</p>	<p>DIE LINKE will Privatisierungen stoppen und Rekommunalisierungen fördern. Dieser Prozess soll nicht nur rechtlich, sondern auch finanziell gefördert werden. Die Kommunen müssen in die Lage versetzt werden, wichtige Infrastruktur bspw. bei Wohnen, Strom und Gas wieder in öffentliches Eigentum zu überführen.</p>	<p>Dieses Thema ist im Wahlprogramm nicht enthalten.</p>

## Gute Arbeit

### › Arbeitgeber in die Pflicht nehmen!

**DGB:** Regierungsmitglieder thematisieren Tarifbindung und betriebliche Mitbestimmung bei jedem Betriebsbesuch und binden immer die zuständige Gewerkschaft ein. Die künftige Brandenburger Landesregierung setzt sich dafür ein, die Mitgliedschaft in Arbeitgeberverbänden ohne Tarifbindung abzuschaffen und nutzt umfassend die Möglichkeit, Tarifverträge allgemeinverbindlich zu erklären.

				
<p>Die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen soll erleichtert werden.</p>	<p>Die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen soll erleichtert werden.</p>	<p>Dieses Thema ist im Wahlprogramm nicht enthalten.</p>	<p>Die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen soll erleichtert werden.</p> <p>Gemeinsam mit dem „Bündnis für Gute Arbeit“ sollen insbesondere in der kritischen Infrastruktur wie Pflege und Gesundheit mehr Tarifverträge als allgemein verbindlich erklärt werden.</p>	<p>Dieses Thema ist im Wahlprogramm nicht enthalten.</p>

## Gute Arbeit

### » Sozialpartnerschaft in die Lehrpläne!

**DGB:** Sozialpartnerschaft ist die tragende Säule unseres Wirtschafts- und Gesellschaftssystems. Das muss sich auch in den Lehrplänen der Schulen und Hochschulen widerspiegeln. Wissen über Gewerkschaften, Tarifverträge und betriebliche Mitbestimmung muss einen höheren Stellenwert bekommen und fest in den Rahmenlehrplänen aller Jahrgangsstufen und Schulformen verankert werden. Gewerkschaften fordern zudem ein Zugangsrecht zu Schulen und Hochschulen.

				
<p>Dieses Thema ist im Wahlprogramm nicht enthalten.</p>	<p>Dieses Thema ist im Wahlprogramm nicht enthalten.</p>	<p>Die Grünen fordern, dass das Wissen über Gewerkschaften, Tarifverträge und betriebliche Mitbestimmung in der Lehre in Schulen und Hochschulen einen höheren Stellenwert bekommt. Gewerkschaften soll das Zugangsrecht zu Schulen und Hochschulen sichergestellt werden.</p>	<p>Dieses Thema ist im Wahlprogramm nicht enthalten.</p>	<p>Dieses Thema ist im Wahlprogramm nicht enthalten.</p>

## Gute Arbeit

### » Ausreichende Zuwendung von Fördermitteln!

**DGB:** Für Zuwendungsempfänger, Projekte und Einrichtungen, die Leistungen im Auftrag des Landes übernehmen, müssen die Tarifbindung auf Niveau des öffentlichen Dienstes sowie Tarifsteigerungen ausfinanziert und angewendet werden. Das gilt auch für den Mehraufwand, der durch betriebliche Mitbestimmung entsteht, etwa durch die Wahl und Arbeit von Betriebsräten.

				
<p>Die SPD schließt sich dieser Forderung vollumfänglich an: Gemäß Wahlprogramm „müssen Zuwendungsempfänger, Projekte und Einrichtungen, die Leistungen im Auftrag des Landes übernehmen, die Tarifsteigerungen ausfinanziert bekommen. Auch sollten die Mehraufwände, die durch betriebliche Mitbestimmung entstehen (Betriebsräte) durch die Fördermittel bzw. Zuwendungen abgedeckt sein.“</p>	<p>Dieses Thema ist im Wahlprogramm nicht enthalten.</p>	<p>Die Grünen fordern eine angemessene Förderung von Freien Trägern, die eine sachgerechte Eingruppierung ihrer Beschäftigten ermöglicht. Zudem soll regelmäßig die Teuerungsrate und die Tarifsteigerungen berücksichtigt werden.</p> <p>Auch die Förderperioden für regelmäßig zu erbringende Dienstleistungen wollen die Grünen verlängern.</p>	<p>DIE LINKE will die Zuwendungen an gemeinnützige soziale Träger, die an den Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes geknüpft sind, so anpassen, dass diese die Gehaltssteigerungen direkt und ohne Einbußen weiterreichen können.</p>	<p>Dieses Thema ist im Wahlprogramm nicht enthalten.</p>

**DGB:** Der Brandenburger Vergabemindestlohn ist ein deutliches Bekenntnis der Landesregierung zu fairen Löhnen und als bundesweit höchster eines der wenigen Ausgleichsinstrumente gegen das Lohndumping im Land. Da die Lohngleichheit zum Rest der Bundesrepublik immer noch nicht hergestellt ist, braucht Brandenburg auch zukünftig einen existenzsichernden Vergabemindestlohn, der regelmäßig an die wirtschaftliche Entwicklung angepasst wird.

				
<p>Der Vergabemindestlohn soll sich in zwei Schritten auf 15 Euro pro Stunde erhöhen. Bei der konkreten Ausgestaltung dieser Schritte möchte die SPD eng mit der Kommission zur Anpassung des Vergabemindestlohns zusammenarbeiten.</p>	<p>Die CDU hält den Vergabemindestlohn durch die Einführung des allgemeinen Mindestlohns für entbehrlich.</p>	<p>Der Vergabemindestlohn soll deutlich auf 60 Prozent des Medianlohns angehoben werden. Aktuell bedeutet das einen Stundenlohn von beinahe 15 Euro.</p>	<p>DIE LINKE möchte den Vergabemindestlohn auf 15 Euro pro Stunde erhöhen und dessen Entwicklung an die Inflationsrate koppeln. Es soll eine Kontrollstelle eingerichtet werden, die Stichprobenkontrollen vor Ort durchführt und auf diese Weise Lohndumping verhindert.</p>	<p>Dieses Thema ist im Wahlprogramm nicht enthalten.</p>

**DGB:** Eine allgemeine gesetzliche Ausbildungsumlage muss eingeführt werden. Auf Basis allgemeinverbindlicher Tarifverträge steigert diese Ausbildungskapazität und -qualität, während sie das finanzielle Risiko für einzelne Betriebe senkt. Über Azubi-Werke müssen Auszubildende in sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Belangen ebenso gefördert werden wie Studierende.

### SPD

Azubis sollen ein größeres Ausbildungsgehalt bekommen. Darüber hinaus sollen sie durch ihre Ausbildung finanziell weniger belastet werden. Deswegen spricht sich die SPD für die Abschaffung von Zusatzkosten, die in Verbindung zur Ausbildung stehen, aus. Dazu gehören auch die Fortbildungskosten für den Meisterabschluss. Dieser soll so dem Studium gleichgestellt werden.

Außerdem sollen mehr Azubis bezahlbaren Wohnraum beziehen können: Dafür sollen mehr Wohnheimplätze geschaffen und deren Mietpreise gedeckelt werden.

### CDU

Die duale Ausbildung soll als Möglichkeit für den Berufseinstieg unterstützt werden. Dazu sollen Azubis mehr „attraktive Wohnangebote“ in der Nähe von Ausbildungsstätten nutzen können.



Ein faires Ausbildungssystem muss von allen Arbeitgebern solidarisch getragen werden, auch von denjenigen, die nicht selbst ausbilden. Daher sollen alle Arbeitgeber eine Ausbildungsumlage in einen Fonds einzahlen. Aus diesem Fonds erhalten ausbildende Institutionen einen Teil der anfallenden Kosten zurück.

Auch die Einrichtung von Azubi-Werken ist Teil des Wahlprogramms der Grünen. Diese sollen in Zusammenarbeit mit den Industrie- und Handelskammern eingerichtet werden. Als Vorbild sollen die Azubi-Werke in München und Hamburg dienen.

### Die Linke

Für die Meister-, Techniker- oder Fachwirtausbildung dürfen Azubis keine Kosten entstehen. Während der Ausbildung müssen junge Menschen außerdem Zugriff auf bezahlbaren Wohnraum haben. Dafür muss die Einrichtung von Azubi-Werken sorgen.

Eine weitere finanzielle Entlastung von Azubis ist durch ein kostenloses ÖPNV-Ticket für den Weg zum Ausbildungsbetrieb und zur Fahrschule geplant. In Regionen ohne ausreichende ÖPNV-Anbindung sollen junge Menschen durch ein „Tank-Budget“ entlastet werden. Azubis, die noch nicht ans Steuer dürfen, sollen eine Beihilfe zum Führerschein erhalten.

Durch eine solidarische Umlagefinanzierung müssen ausreichend duale und qualitativ hochwertige Ausbildungsplätze geschaffen werden. Betriebe, die nicht ausbilden, unterstützen mit der Umlage jene Betriebe, die das tun.



Erstausbildungen sollen grundsätzlich kostenfrei sein. Die Landesregierung ist dazu aufgefordert, in Ausbildung und Qualifikation zu investieren. Unterstützung soll es auch für den zweiten Bildungsweg geben.

**DGB:** Die Fachkräftestrategie sollte im Rahmen der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg weiterentwickelt werden. Abbruchquoten in der Berufsausbildung müssen dringend reduziert, die vollzeitnahe Beschäftigung von Frauen muss erhöht werden. Für Langzeiterwerbslose muss eine gezielte Weiterbildungsoffensive entwickelt werden, auch in Verbindung mit der Förderung von Grundbildungsinhalten. Auf Bundesebene sollte sich die Landesregierung für eine Weiterbildungsprämie bei Kurzarbeit einsetzen.

### SPD

Ein gemeinsamer Arbeitsmarkt mit Berlin soll koordinierte Fach- und Arbeitskräftemaßnahmen ermöglichen. Jugendliche aus anderen Bundesländern sollen für eine Ausbildung in Brandenburg begeistert werden.

Durch ein breit gefächertes Maßnahmenpaket möchte die SPD Menschen dazu bewegen, in Brandenburg zu arbeiten. Bezahlbarer Wohnraum, soziale Infrastruktur sowie „das Zusammenwirken von Alteingesessenen und Zugezogenen“ sind dafür Schlüsselemente.

Die Entlastung von Frauen von unbezahlter Sorgearbeit wird ebenfalls angestrebt. Dafür sollen Anreize zur beruflichen Teilhabe bei gerechter Entlohnung geschaffen und Hindernisse abgebaut werden, die das erschweren.

Darüber hinaus sieht die SPD in sich entwickelnden oder neu etablierten Berufsfeldern gleichermaßen Potenzial für Beschäftigte und Unternehmen. Durch Möglichkeiten zur Weiterbildung gilt es, dieses Potenzial zu fördern.

### CDU

Die Fachkräftegewinnung sieht die CDU als Herausforderung, deren Bewältigung sie durch Qualifizierungsangebote und Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf unterstützen möchte. Ausbildung und Beruf sollen gleichwertig behandelt werden. Diese Gleichwertigkeit deckt auch die Abschaffung von begleitenden Kosten für den Meisterbrief ab.

Es sollen aber nicht nur neue Fachkräfte gewonnen, sondern auch erfahrene Arbeitnehmer\*innen länger im Job gehalten werden. Zuverdienstmöglichkeiten sollen denjenigen Anreize bieten, die bereits in Rente sind oder bald in Rente gehen.



Die duale Ausbildung soll durch attraktive Arbeitsbedingungen und eine adäquate Entlohnung aufgewertet werden. Die Ausbildung soll die gleiche Anerkennung erhalten wie das Studium und ebenso gebührenfrei möglich sein.

Frauen müssen gleichen Lohn für gleiche Arbeit erhalten. Sie müssen auch tatsächlich arbeiten gehen können: Mehr Kinderbetreuungs- und Pflegeangebote sowie flexible Arbeitsmodelle sollen dafür sorgen.

Quereinsteiger\*innen, Menschen mit Behinderung und Geflüchtete können unbesetzte Positionen für Fachkräfte ausfüllen und müssen deshalb schnellen Zugang zu offenen Stellen erhalten. Zusatzqualifizierungen können dafür sorgen, dass ältere Menschen freiwillig länger arbeiten können.

### Die Linke

Über Modellprojekte möchte DIE LINKE gemeinsam mit Unternehmen, Kammern und Schulen die Voraussetzungen für eine Ausbildung mit Abitur schaffen, um die Anzahl zukünftiger Fachkräfte zu erhöhen.

Über verbesserte Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten sollen Arbeitskräfte zudem auf dem Arbeitsmarkt benötigte Fähigkeiten erwerben. Das gilt auch für Mitarbeitende von kleinen und mittelständischen Unternehmen, die sich Weiterbildungsmaßnahmen finanz- und zeitbedingt nicht leisten können. Unter Verwendung von Landesmitteln soll das Angebot von Bildungsstätten dazu ausgebaut und die Arbeitsbedingungen für pädagogisches Personal verbessert werden.

Der Wiedereinstieg in die Berufstätigkeit soll für bereits ausgebildete Berufstätige nach privaten Unterbrechungen erleichtert werden. Insbesondere Eltern sollen durch Modellprojekte mit flexiblen Arbeitszeiten angesprochen werden, die sich am Bedarf der Arbeitnehmenden orientieren.



In die Aus- und Weiterbildung muss mehr Geld investiert und gezielte Initiativen gestartet werden, um neben jungen Menschen auch Langzeitarbeitslose erfolgreich in den Arbeitsmarkt integrieren zu können. Erstausbildungen müssen kostenlos und Zusatzqualifikationen leichter zugänglich sein. Der zweite Bildungsweg muss als Alternative etabliert werden.

Auf dem Arbeitsmarkt muss es gleiche Bezahlung für die gleiche Arbeit geben, unabhängig vom Geschlecht. Auch Menschen mit Behinderung müssen selbstständig für ein existenzsicherndes Einkommen sorgen können. Außerdem müssen Eltern und Alleinerziehende entlastet werden, damit sie zurück in ein geregeltes Arbeitsleben finden. Dazu muss die Landesregierung für mehr Kita- und Hortplätze sowie eine Anpassung des Betreuungsschlüssels an den bundesdeutschen Durchschnitt sorgen. Unternehmen können durch flexible Arbeitszeitmodelle unterstützen, allerdings sind sie dafür auf eine funktionierende Infrastruktur in der Fläche angewiesen.

**DGB:** Die Anerkennung von Bildung, Berufsabschlüssen und der Erfahrung von Geflüchteten und migrantischen Arbeitnehmer\*innen muss schnell und unkompliziert möglich sein. Auf dem Arbeitsmarkt müssen sie vor Ausbeutung geschützt werden. Deshalb braucht die Fachstelle für Migration und Gute Arbeit eine institutionelle dauerhafte Absicherung. In allen größeren Städten mit Zuwanderung sollten One-Stop-Agencies, die alle Leistungen und Beratungen unter einem Dach vereinen, gegründet werden.

### SPD

Geflüchtete sollen ab dem ersten Tag die Möglichkeit haben, Arbeit aufzunehmen. Bei der Integration in den Arbeitsmarkt sollen sie durch Programme wie den „Spurwechsel“ unterstützt werden. Sollte die Anerkennungsprüfung noch laufen, sollen Arbeitsgelegenheiten oder Praktika als Übergangslösungen wahrgenommen werden dürfen. Deutsch zu lernen muss auch arbeitsbegleitend möglich sein.

Die Anerkennung von Abschlüssen soll entbürokratisiert werden. Wer möchte, soll Aus- und Fortbildungsangebote unkompliziert wahrnehmen können.

### CDU

Die CDU erkennt an, dass Brandenburg auf Zuwanderung von Fach- und Arbeitskräften angewiesen ist. Um legale Möglichkeiten für die Integration von Migrant\*innen zu schaffen, setzt sie sich auf Bundesebene für die Gründung einer Agentur ein, die im Ausland Anwerbemaßnahmen übernehmen und als Vermittler fungieren soll.

Fachkräfte, die nach Brandenburg kommen, sollen dort auch schneller erworbene Qualifikationen anerkannt bekommen und eine Arbeitsgenehmigung erhalten. Ihre Arbeitgeber sollen durch neu zu schaffende Programme dazu befähigt werden, sie berufsbegleitend in den Arbeitsmarkt zu integrieren.



Arbeitsverbote soll es für Geflüchtete in Brandenburg nicht mehr geben. Stattdessen sollen sie unabhängig vom Status ihrer Aufenthaltsgenehmigung bereits arbeiten dürfen.

Die Anerkennung erlangter Abschlüsse soll für zugewanderte Fachkräfte beschleunigt, das Erlangen qualifizierender Abschlüsse soll erleichtert werden. Das fängt für die Grünen bei Sprachkenntnissen an, die durch berufs- und ausbildungsbegleitende Kurse erlangt und vertieft werden können.

### Die Linke

Die Integration von Geflüchteten in den Arbeitsmarkt muss schnell erfolgen und bereits in den Erstaufnahmeeinrichtungen in Form von Sprachkursen und ersten Qualifizierungsangeboten beginnen. Mehrsprachige Angebot der Beratungsstelle Migration und Gute Arbeit müssen verstetigt und ausgebaut werden. Arbeitsverbote gehören abgeschafft und wer eine Ausbildung begonnen oder eine Arbeitsstelle gefunden hat, soll nicht abgeschoben werden dürfen.

Damit Geflüchtete schnell Arbeit finden können, sollen Bund, Land und Kammern sich für eine unbürokratische Anerkennung von Qualifikationen einsetzen. Falls der Grad der Qualifizierung in Einzelfällen nicht ausreicht, sollen vor allem Arbeitskräfte aus den Bereichen Bildung, soziale Arbeit, Medizin und Pflege zügig Angebote zur Anpassungsqualifizierung wahrnehmen können.



Menschen mit Migrationshintergrund dürfen auf dem Arbeitsmarkt nicht benachteiligt werden. Sie müssen ein selbstbestimmtes und eigenständiges Leben führen dürfen. Dafür ist die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse zu erleichtern und zu beschleunigen. Ist das nicht möglich, soll ein Studienkolleg Abhilfe schaffen. Wer eine Ausbildung machen möchte, soll gezielt für Stellen ausgebildet werden, in denen interkulturelle Kompetenzen gefragt sind.

**DGB:** Die Landesregierung muss im Sinne der Pariser Klimaziele für eine sozial-ökologische Transformation sorgen. Dazu sind Investitionen in mehr erneuerbare Energie, Energieeffizienz, Qualifizierung, Ausbildung, Forschung und Entwicklung notwendig. Ziele einer aktiven Industrie- und Dienstleistungspolitik sind nachhaltige, qualifizierte und gut bezahlte Beschäftigung sowie eine verstärkte gemeinsame Wirtschafts- und Strukturpolitik mit Berlin als gemeinsame Wirtschaftsregion.

### SPD

Bis 2045 soll Brandenburg klimaneutral und die Region Berlin-Brandenburg soll energieunabhängig werden. Zum Ausstieg aus fossilen Energiequellen gibt es keine gangbare Alternative.

Im Ausbau von Energiespeichern und der Wasserstoffwirtschaft sowie im Umbau ehemaliger Industriestandorte zu zukunftsfähigen Wirtschaftszentren sieht die SPD Schlüssel für eine erfolgreiche Transformation. Die Lausitz kann dafür als Leuchtturmprojekt fungieren. Beteiligte Unternehmen sollen von einer erhöhten Wirtschaftsförderung profitieren.

Auch für Kommunen soll es weiterhin Anreize für deren Beteiligung an der sozial-ökologischen Wende geben. Dazu gehören Teilhabemaßnahmen wie etwa die normierte Abgabe von 10.000 Euro für Betreiber von Windkraft- bzw. die leistungsabhängige Abgabe für Betreiber von Solaranlagen an beteiligte Kommunen.

...▼

### CDU

Bis 2045 soll Wasserstoff einen Großteil des Energiebedarfs in Deutschland decken. Bis dahin soll „blauer Wasserstoff“ eine Brückentechnologie darstellen. Ein Kohleausstieg kommt dagegen für die CDU nicht vor 2038 infrage. Andernfalls sieht sie die Energiesicherheit in Brandenburg in Gefahr.

Bis es so weit ist, soll die Lausitz als Leuchtturmprojekt Schritt für Schritt zu einem Zentrum für Batterieproduktion umgebaut werden. Als ein weiteres Musterprojekt für die Energiewende betrachtet die Union den „Cottbusser Ostsee“ mit der schwimmenden Photovoltaikanlage.

### BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Um für eine nachhaltige Wirtschaft in Brandenburg zu sorgen, setzen die Grünen auf eine Kooperation mit den Industrie- und Handelskammern. Über sie sollen gemeinsam mit der Wirtschaft nachhaltige Wege erarbeitet werden, um den Energieverbrauch zu minimieren, Wertstoffkreisläufe zu optimieren und die Klimaneutralität anzustreben. Dabei sollen Flächen geschont und Wertschöpfungsketten geschlossen werden.

Die industrielle Produktion soll in Zukunft auf grünem Wasserstoff basieren. Dafür muss in Brandenburg die notwendige Infrastruktur auf- und ausgebaut werden. Das Erschließen neuer fossiler Energiequellen in Brandenburg lehnen die Grünen ab.

### Die Linke

Die Klimaneutralität Brandenburgs soll bis 2045 erreicht sein. Dafür ist ein „Brandenburgischer Zukunftsrat Wirtschaft“ unter Beteiligung von Wirtschafts- und Sozialpartnern zu gründen, der bei der Ausarbeitung von Transformationsstrategien wie den Klimaplan berät. Diese Strategien müssen mit den notwendigen finanziellen Mitteln und personellen Ressourcen ausgestattet werden.

In einem Transformationsfonds soll ein zweckgebundenes Sondervermögen gebildet werden. Nur tarifgebundene Unternehmen mit innovativen Ideen sollen von diesem Fonds profitieren. Das Land muss außerdem private Investitionen wie Balkonkraftwerke, Photovoltaik- und Mini-Windkraftanlagen sowie kommunale Photovoltaikanlagen finanziell fördern und dafür sorgen, dass Gewinne aus der erfolgten Transformation an die Allgemeinheit zurückfließen.

...▼

### BVB FREIE WÄHLER Die Orangen

Die Freien Wähler sehen in Maßnahmen zur sozial-ökologischen Transformation eine Gefährdung für den Wirtschaftsstandort Deutschland, da sie teuer und ineffizient seien. Stattdessen setzen sie unter anderem auf den Europäischen Emissionsrechtehandel (EU-ETS) mit seinen jährlich abnehmenden Emissionsmengen.

Sie sind gegen einen Kohleausstieg vor 2038, streben ein Moratorium zu Windkraftanlagen in Brandenburg an und halten den Bau von Gaskraftheizwerken für eine Alternative. Sie unterstützen nur die angestrebte Förderung von Biogas- sowie Photovoltaikanlagen auf Dächern und Konversionsflächen.

...▼

Dieser Umbau soll aber weder die Versorgungssicherheit noch die Wirtschaftlichkeit der Strom- und Wärmeversorgung oder die Konten der Brandenburger\*innen gefährden. Dafür sollen ein bundesweit gerechter Ausgleich bei den Netzentgelten, Bürgerstrom- und finanzielle Beteiligungsmodelle sorgen. Außerdem soll es Bürger\*innen ermöglicht werden, grünen Strom lokal zu erzeugen und diesen auch unmittelbar zu nutzen.

...▼

Die Sozialverträglichkeit sämtlicher Maßnahmen soll durch das Klimageld und durch einen „Sozialcheck“ ermöglicht werden. Dabei wird geprüft, wie unnötige Belastungen vermieden werden können. Einkommensschwache Menschen dürfen nicht unzumutbar belastet werden.

**DGB:** Betriebsräte sind zu stärken, da sie eine zentrale Säule demokratischer Strukturen in Betrieben sind und die Beschäftigten an der Gestaltung von Veränderungen in den Unternehmen beteiligen. Sie stabilisieren Unternehmen und sichern Beschäftigung.

### SPD

Der Sozialpartnerdialog, das Bündnis für Gute Arbeit sowie der Betriebsrätetag müssen beibehalten und ausgebaut werden. Sie stärken die innerbetriebliche Zusammenarbeit und tragen zu einem erfolgreichen Umgang mit den Herausforderungen der Arbeitswelt bei.

### CDU

Dieses Thema ist im Wahlprogramm nicht enthalten.



Die Grünen wollen gegen gezielte Störungen und Behinderungen von Betriebsratstätigkeit und von gewerkschaftlicher Betätigung effizienter vorgehen. Sie setzen sich für die Einrichtung einer Schwerpunktstaatsanwaltschaft ein, die in ausreichendem Maß mit dafür qualifiziertem Personal ausgestattet ist, um die Verfolgung solcher Delikte aufzunehmen. Beamt\*innen in Polizei und Justiz sind in der Ausbildung gezielt für diese Straftaten zu sensibilisieren. Sie sollen außerdem die gesetzliche Mindestquote von Frauen in den Räten überprüfen.

Um diese Veränderungen im Interesse der Beschäftigten zu gestalten, wollen sie eine mitbestimmungsrechtliche Zuständigkeit der Personalräte für alle personellen, sozialen und organisatorischen Angelegenheiten im Brandenburgischen Personalvertretungsgesetz verankern (Allzuständigkeit). Die Mitbestimmung der Personalräte in Fragen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes soll gestärkt werden.

### Die Linke

DIE LINKE will Personal- und Betriebsräte stärken, unterstützen und vernetzen. Ein Betriebsrätenetzwerk soll die Voraussetzungen schaffen, um Union Busting zu bekämpfen. Die Verhinderung der Arbeit von Betriebs- und Personalräten ist eine Straftat und muss geahndet werden. Damit dies besser als bisher gelingt, soll eine Schwerpunktstaatsanwaltschaft eingerichtet werden.

Das Personalvertretungsgesetz soll modernisiert und die Personalvertretungen im Öffentlichen Dienst und ihre Mitbestimmungsrechte deutlich gestärkt werden.



Dieses Thema ist im Wahlprogramm nicht enthalten.



**Deutscher  
Gewerkschaftsbund  
Berlin-Brandenburg**

## **Impressum**

Herausgeber:  
DGB Bezirk Berlin-Brandenburg  
Keithstraße 1  
10787 Berlin

V. i. S. d. P.: Katja Karger, Vorsitzende  
[berlin-brandenburg.dgb.de](http://berlin-brandenburg.dgb.de)

Konzept, Redaktion und Gestaltung:  
BBGK Berliner Botschaft  
[berliner-botschaft.de](http://berliner-botschaft.de)